

Nein zur STAF, der Aufwärmung des Steuer-Bschiss auf Kosten des Service Public!

Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD

Es gilt das gesprochene Wort.

Nicht die Steuerlast, es ist der gute Service Public in Bildung, Forschung, Gesundheit, öV, Kitas oder Kultur, der die Schweiz im weltweiten Ranking an die Spitze befördert und eine Firma wie Google überzeugt, in die Hochpreis- und Hochsteuer-Stadt Zürich zu ziehen. Diese Wettbewerbsfähigkeit ist einzigartig und Grundlage für unser hohes Wohlstandsniveau. Die STAF greift dieses Erfolgsmodell an!

STAF foutiert sich ob der ablehnenden Gründe zur USR III: Die Stimmbevölkerung wollte keine tieferen Steuern für Reiche und Konzerne auf Kosten des Service Public.

Der internationale Druck zwingt den Bund zu Recht, Steuerprivilegien für global tätige Firmen abzuschaffen. Werden sie abgeschafft, müssten mehr Steuern fließen. Nicht so bei STAF: Zwar werden die Privilegien beim Bund abgeschafft, aber wieder Steuer-Schlupflöcher geschaffen und die Kantone aufgefordert, ihre Gewinnsteuern für ALLE Unternehmen – auch für die heute ordentlich Besteuerten! – drastisch zu kürzen.

Das Resultat ist ein massiver Steuerausfall! Das ohne Not; die Reichen darben nicht: Nur die 300 Reichsten in der Schweiz haben seit der USR III-Abstimmung im Februar 2017 62 Milliarden Franken im Schlaf dazu gewonnen. Mit STAF prognostiziert der Bund über 2 Milliarden Franken Steuerausfälle, was dank neuen Schlupflöchern weit mehr sein wird. Bezahlen wird es die Bevölkerung mit Steuer- und Gebührenerhöhungen und Abbau im gesamten Service Public. Und die Angestellten im öffentlichen Dienst mit schlechteren Löhnen, Stellenabbau, Druck und Stress.

Die Ausgleichszahlungen des Bundes reichen nicht, das grosse Budgetloch vor allem bei den Städten und Gemeinden auszugleichen. Sie müssten bei Feuerwehr, Polizei, Krippen, Altersheimen, Theater, Musikschulen, Kinder- und Jugendtreffs, Pflegeleistungen oder Wintermantel-Zulagen für die Ärmsten sparen. Doppelt betrogen wären die Frauen. Sie arbeiten mehrheitlich in öffentlichen Bereichen wie Gesundheit, Schule, Kindergärten, Kitas und sozialen Einrichtungen, die vom Abbau besonders stark gefährdet wären. Zudem leisten sie den grössten Teil der Care-Arbeit und sind auf Betreuungsplätze angewiesen.

Ohne STAF ist der Weg frei für eine Vorlage, die einzig die Privilegierten in die normale Besteuerung einreihen soll. Alle (internationalen) Firmen profitieren vom Service Public. Diese Infrastruktur muss mit angemessenen Steuern mitfinanziert werden.

Kein Milliarden-Geschenk an Konzerne auf Kosten des Service Public hier und auf Kosten der armen Länder! Auch in neuen Schläuchen ist der alte Wein nicht besser verträglich. Deutlich Nein zu STAF am 19. Mai 2019!